



Auszug aus der Sitzung vom 11.02.2015

Bericht zur touristischen Entwicklung und den Übernachtungszahlen in der Gemeinde Ringelai

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichtete Johannes Reihofner vom Tourismusbüro über die Entwicklung der Übernachtungszahlen in Ringelai. Anhand einer Beamer-Präsentation wurden dem Gemeinderat die Übernachtungszahlen in Bayern, dem Landkreis und von vergleichbaren Gemeinden aufgezeigt. Die Erhebungen des statistischen Landesamtes zeigen einen gleichbleibenden oder sogar sinkenden Trend im gesamten Ostbayerischen Raum. Bei den Ankünften ist ein Anstieg zu verzeichnen. Das heißt, es kommen immer mehr Gäste in unsere Region, bleiben aber durchschnittlich nur 3-4 Tage. Auch in Ringelai ist dieser Trend zu sehen. Der rapide Rückgang an Übernachtungszahlen hat aber einen anderen Auslöser. Zum einen nimmt die Zahl an Ferienwohnungen und Ferienhäusern in der Gemeinde immer mehr ab und zum anderen hat sich die Bettenzahl der Hotels und Pensionen reduziert. Ein Beherbergungsbetrieb befindet sich derzeit noch immer im Umbau. Deshalb werden dort derzeit nur 4 Zimmer angeboten. Nach den umfassenden Renovierungsarbeiten sollen wieder 21 Betten zur Verfügung stehen. In Zusammenarbeit mit der ARGE Ilztal und Dreiburgenland soll verstärkt die Region beworben werden. Auch auf Messen wirbt man mit einem gemeinsamen Gastgeberverzeichnis.

Privatisierungsklausel nach Art. 61 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung

Bürgermeister Köberl erklärte, dass nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit geprüft werden muss, ob Aufgaben die bisher von der Gemeinde erledigt wurden an einen privaten Dienstleister vergeben werden können. Laut gesetzlichen Vorschriften soll dieser Grundsatz alle 5 Jahre durch den Gemeinderat geprüft werden. Weiter berichtete Bürgermeister Köberl, dass die Verwaltung grundsätzlich prüft, ob durch die Vergabe an einen privaten Dienstleister gespart werden kann. Einige Bereiche wurden bereits an private Dienstleister vergeben. Auch im Verbund mit dem „Ilzer Land“ konnten durch gemeinsame Einkäufe und Vergabe von Dienstleistungen an Dritte erhebliche Einsparungen erzielt werden. Die Mitglieder des Gemeinderats waren sich einig, dass die bereits erfolgten Vergaben von Dienstleistungen an Dritte ausreichen und derzeit keine weiteren Möglichkeiten zur Einsparung bestehen.

Anträge aus den Bürgerversammlungen 2014

Ausbau der Zufahrt zum Dorfhaus Wamberg mit Beleuchtung

Bei einer Bürgerversammlung im letzten Jahr wurde seitens der Dorfgemeinschaft Wamberg der Antrag auf Ausbau und Asphaltierung der Straße zum Dorfhaus gestellt. Gerade in den Wintermonaten, wenn das Dorfhaus besonders intensiv für Veranstaltungen und Versammlungen genutzt wird, ist es bei feuchter Witterung eine Zumutung, zum Dorfhaus zu gelangen. Auch der gemeindliche Winterdienst kann unter diesen Umständen keinen ordentlichen Streu- und Räumdienst leisten. Im Gremium bestand Zustimmung zu diesem Vorhaben. Im Rahmen der Dorferneuerung soll die Zufahrt zum Dorfhaus ausgebaut und mit einer Straßenbeleuchtung versehen werden. (14/0)

FAG – Förderantrag für die Sanierung des Kindergartens St. Michael im Altbestand

Bürgermeister Köberl informierte den Gemeinderat, dass bereits beim Anbau der Krippe für unter 3 jährige teilweise Sanierungsmaßnahmen im Altbestand des Kindergartens durchgeführt wurden. Nun sollen die restlichen Maßnahmen durchgeführt werden. Bereits im Jahr 2011 wurden die absolut notwendigen Maßnahmen durch das Planungsbüro Pauli aus Freyung mit 180.000 € geschätzt. Nach Abzug einer zu erwartenden Förderung, würden der Gemeinde ca. 112.000€ verbleiben. Hier wurden jedoch keine energetischen Maßnahmen einbezogen. Im Gemeinderat war man sich einig, in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Pauli ein Sanierungskonzept zu erarbeiten und einen Förderantrag bei der Regierung von Niederbayern zu stellen. (14/0)

Sanierung der Kanalhaltungen zwischen Bachweg und Kranzlweg

Bereits bei einer Bauausschusssitzung wurde über dieses Thema beraten, Man war sich aber dann einig, dass wegen der hohen Kosten für dieses Vorhaben, der gesamte Gemeinderat darüber entscheiden soll. Nach Aussage des Ing. Büros Wolf aus Grafenau, besteht dringender Handlungsbedarf bei der Sanierung des Kanalabschnitts zwischen Bachweg und Kranzlweg. Die Kosten für die Instandsetzung liegen bei ca. 46.000 €. Im Gemeinderat sprach man sich für eine umgehende Sanierung des Mischkanals aus. Das Ingenieurbüro Wolf aus Grafenau wurde beauftragt, die entsprechenden Sanierungsangebote einzuholen. (14/0)

Informationen des Bürgermeisters

-Einladung zu diversen Veranstaltungen

-Die Dorferneuerungsmaßnahmen „Stützmauer Lusenstraße und Leitenweg“ wurden am 20.2.15 im Staatsanzeiger ausgeschrieben.

- 18.03.15 Angebotseröffnung
- 08.04.15 Vergabe im Gemeinderat
- ab 27.04.15 Baubeginn möglich
- 31.07.15 Ende der Baumaßnahme

Die Anwohner wurden in einer Info-Veranstaltung über den geplanten Ablauf und Behinderungen informiert. Im Leitenweg besteht eine Notumfahrt durch das Betriebsgelände des Sägewerks Biebl. Die Kostenschätzungen für beide Maßnahmen belaufen sich auf ca. 182.000 €. Der Anteil der Gemeinde beträgt nach Abzug der Förderung durch das Amt für Ländliche Entwicklung, noch ca. 70.000 €.

-Am 27.01.15 fand ein Treffen des Arbeitskreises zum Kernwegekonzept in Perlesreut statt. Das vom Ilzer Land beauftragte Planungsbüro „BBV Landsiedlung“ gab dabei die Rahmenbedingungen zur Sanierung und Ausbau von Kernwegen bekannt. Die vorgeschlagenen Straßen- u. Wege der Gemeinde wurden dabei sehr ausgedünnt, da z.B. keine Stichstraßen gefördert werden. Mit dem Amt für Ländliche Entwicklung soll jetzt nochmals geprüft werden, inwieweit die Bedingungen geändert werden können. Es ist derzeit immer noch nicht bekannt, mit welchem Volumen der staatliche Fördertopf ausgestattet ist. Als Fazit kann man sagen, dass die Erwartungen der Kommunen an diesem staatl. Förderprogramm nicht erfüllt werden und am tatsächlichen Bedarf der Gemeinden vorbeigehen.

-Mit den Vertreter des Straßenbauamtes Passau, Herrn Dr. Stroh und Herrn Schwabengruber fand zwischenzeitlich eine Ortsbesichtigung statt zum geplanten Gehweg entlang der Staatsstraße Ringleai in Richtung Göschlmühle statt. Zum geplanten Gehweg entlang der St 2127 sind zwei Fördervarianten denkbar. Leider stehen derzeit noch keine konkreten Fördersätze für solche Maßnahmen fest, da die Budgetverhandlungen der Regierungsbezirke erst noch stattfinden. Sobald die Fördermöglichkeiten abgeklärt sind, sollen bei einem weiteren Ortstermin mit H. Pribischer von der Reg.v.Ndb. Einzelheiten geklärt werden.

-Im Rahmen eines Ortstermines fand zwischenzeitlich die Besichtigung des FFW-Gerätehauses in Ringelai statt. Bei diesem Termin waren neben KBR Süß und KBM Feuchter auch mehrere Gemeinderäte und Vertreter der Regierung von Niederbayern anwesend. Bürgermeister Köberl trug zusammenfassend eine Stellungnahme der Reg.v.Ndb. im Wortlaut vor. Als Fazit kann man sagen, dass von der Regierung und KBR ein Anbau an das bestehende Gerätehaus abgelehnt wird, da bestimmte Sicherheitsbestimmungen nicht eingehalten werden können, Parkmöglichkeiten am Gerätehaus fehlen und die Räumlichkeiten für einen Umkleideraum bzw. Schulungsraum, zu beengt sind. Nur durch einen Neubau könne diese Anforderungen erfüllt werden. Bürgermeister Köberl kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die Gemeinde nach nur rund 25 Jahren schon wieder ein neues Gerätehaus bauen muss, um den Ansprüchen und staatlichen Vorgaben zu entsprechen. Bis zu einem Neubau soll durch den Gemeindeunfallversicherungsverband Bayern eine Einsatzanleitung erstellt werden, damit die Wehr bei einem Einsatz weiterhin alarmiert werden darf. Der Gemeinderat muss sich nun Gedanken um einen Standort, Planung und Finanzierung machen. Es soll dabei ein Fachplaner eingeschaltet werden.

GR Lang bat darum, die Verantwortlichen der FFW Ringelai frühzeitig bei der Planung des Gerätehauses zu beteiligen, damit auch die Wünsche und Anregungen der aktiven Wehrmänner berücksichtigt werden können. GR und 1.Kommandant Dick kritisierten die niedrigen staatlichen Festpauschalen bei der Förderung eines Gerätehauses, da die Finanzierung insbesondere finanzschwachen Kommunen Probleme bereitet.